

Kleine Anfrage 7/3614

des Abgeordneten Rudy (AfD)

Explosion der Mietnebenkosten in Thüringen: Campingplätze als Ersatzwohnungen

Aufgrund der Explosion der Mietnebenkosten können immer weniger Menschen ihre Miete bezahlen. Meiner Ansicht nach, tritt die Bundesregierung dieser Entwicklung nur unzureichend entgegen. Als angeblicher Verantwortlicher für den Anstieg der Energiepreise wird Russland genannt. Einige Bürger versuchen daher, Campingplätze in Thüringen für sich als kostengünstigere Ausweichwohnungen zu nutzen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welchen Anteil hat die Landesregierung, als oberste Fachaufsichtsbehörde, an der Entwicklung, dass sich die Anzahl der Campingstellplätze in Thüringen von 10.551 im Jahre 2019 auf 4.512 ein Jahr später entgegen dem Bundestrend mehr als halbiert hat?
2. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung die Anzahl der Wohnungsanmeldungen in Wohnmobilen nach § 29 Bundesmeldegesetz (BMG) seit Wahl der neuen Bundesregierung am 10. Dezember 2021 prozentual und in absoluten Zahlen entwickelt?
3. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung die Anzahl der Wohnungsanmeldungen in Wohnmobilen nach § 29 BMG seit der Internationalisierung des Ukraine-Konflikts am 24. Februar 2022 prozentual und in absoluten Zahlen entwickelt?
4. Plant die Landesregierung eine Reglementierung der Anmeldungen in Wohnmobilen durch die Thüringer Meldeverordnung?

Rudy